

NOVA

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr.27 1991 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

Immer länger hinterm Ladentisch

• NICHT MIT UNS

Krampfhaft wurde in den letzten Tagen und Wochen an einer Einigung in der Ladenschlußfrage gearbeitet. Zu krampfhaft! Denn die Lösung, der die GPA-Führung zugestimmt hat ist ein weiterer Rückschritt!

Im Dezember 1987 hob der Verfassungsgerichtshof das erste Mal das Ladenschlußgesetz auf. Seither wurden alle neuen Regelungen als verfassungswidrig für ungültig erklärt. Das letzte Mal am 9. Oktober 1990. Die Frist für ein neues Gesetz wäre am 1. Juli 1991 abgelaufen. Nun gibt es eine Einigung, durch die die Handelsangestellten wieder schlechter gestellt werden.

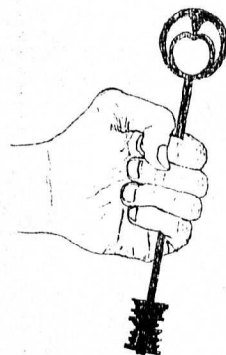
Schon jetzt sind die Arbeitsbedingungen im Handel nicht die besten. Die Tätigkeiten umfassen neben Betreuung, Verkauf, und Kassieren natürlich auch Waren

einschlichten, Kassaabrechnung, und Kontrolle des Lagers. Die typischen Erkrankungen der Handelsangestellten sind Schäden des Bewegungs- und Stützapparates sowie psychosomatische Erkrankungen.

Von 160.000 Handelsangestellten sind 115.000 Frauen, die zum Großteil nach der Arbeit im Betrieb die Hausarbeit und Kinderbetreuung leisten müssen.

Auch wirkliche Freizeitgestaltung ist für die Handelsangestellten nur selten möglich. Denn vor 19 Uhr kommt man kaum aus dem Geschäft. Und das Wochenende, das für die meisten anderen Freitag nachmittags beginnt, beginnt für die Handelsangestellten erst Samstag mittags.

Wirtschaftsminister Schüssel weigerte sich, über ein neues



Gesetz zu verhandeln. Daraufhin besetzte eine Gruppe von 200 aktiven Betriebsräten am 12. Juni das Wirtschaftsministerium, um Schüssel an den Verhandlungstisch zu zwingen. Zwei Tage später einigte man sich, am 19. Juni ein Gespräch zu führen.

INHALT:

Kampf fond.....	2
Atomkraft-NEIN DANKE.....	3
NEIN zu EG und EWR.....	4
Buchtipp.....	5
SJ-Landeskonferenz.....	5
Wohnungen für Alle.....	6
Lehrer: Kampf für höhere Löhne.....	7
Ausländer.....	8
McDonalds.....	10
Strompreiserhöhung.....	11
Gastgewerbe.....	12
Keine 2. Wiener City.....	13
"Sozialschwarzrotzer".....	14
SPÖ-Parteitag.....	15
EX für Haider.....	16



Betriebsräte bei der Besetzung von Schüssels Büro

Daraufhin wurde die Aktion, nach Intervention der GPA-Führung, abgebrochen.

Die Verhandlungen fanden statt, wurden aber ergebnislos um eine Woche vertagt. Aber am 27. Juni einigte man sich.

Die Sozialpartner vereinbarten eine wöchentliche Gesamtöffnungszeit von 60 Stunden, von 6.00 Uhr Früh bis 19.30 Uhr. Einmal in der Woche dürfen die Geschäfte bis 21.00 Uhr offen halten, und der lange Einkaufsamtstag pro Monat bleibt ebenfalls.

Die Verhandler der GPA stimmten dieser Regelung zu. Trotz 10.000er Demonstranten im Herbst 1988, trotz 500.000 Unterschriften, die im Rahmen der "Aktion Handeln" gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Handel gesammelt worden sind! In solchen Fällen redet sich die Gewerkschaftsführung meist auf die fehlende Kampfbereitschaft aus. Doch nur sie ist es, der diese Bereitschaft fehlt!

Denn die Kampfbereitschaft der Handelsangestellten ist vorhanden. So meinte z.B. ein Betriebsrat aus St.Pölten, daß er nicht bereit sei, seine Kolleginnen und Kollegen davon zu informieren, daß die GPA einer Regelung zugestimmt hätte, wonach sie nach 18.30 Uhr arbeiten müßten. Die Angestellten müssen sich zur Wehr setzen. Das tun sie aber nur, wenn die Gewerkschaft sie läßt! Die Unternehmer lassen sich keine starke Gewerkschaft vorgaukeln. Sie glauben es erst, wenn sie es spüren.

Welche Folgen hat nun die Verlängerung der Öffnungszeiten? Zum einen sicherlich nicht die, daß dann mehr Personal beschäftigt würde. Das hat man bei der Einführung der langen Samstage und der 18.30 Uhr Abendssperre bereits gesehen. Das vorhandene Personal muß einfach mehr Überstunden machen, die in vielen Fällen nicht einmal abgegolten werden.

Zum anderen haben die Geschäfte höhere Aufwände. Länger offen heißt mehr Stromverbrauch, höhere Personalkosten, etc. Das

werden wieder wir Konsumenten zu bezahlen haben.

Darüber hinaus aber werden einer Verlängerung der Öffnungszeiten im Handel andere Branchen folgen. Denn wenn die Geschäfte erst einmal bis 19.30 Uhr offen haben, dann werden die Frisöre, die Kindergärten, die Zulieferbetriebe usw., auch bald länger offen haben. Ein Dominoeffekt.

Der Kampf der Handelsangestellten ist auch der Kampf aller anderen Arbeiter und Angestellten. Ein kampfloses Hinnehmen dieser "Einigung" bedeutet ein entscheidendes Zurückweichen vor den Angriffen der Unternehmer!

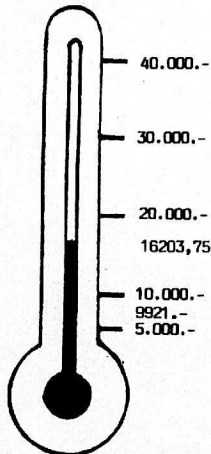
Wir können diese "Einigung" nicht akzeptieren. Denn diesem Vorstoß werden weitere, in anderen Berufen folgen.

Wir können aber auch die Hal-

KAMPPFOND

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Trotz Sommerpause haben wir auch für Juli/August ein neues VORWÄRTS erstellt. Sehr dankbar sind wir über jede Unterstützung aber auch Kritik (z.B. Leserbriefe). Wichtig sind auch die vielen Spenden, die für unseren Auf- und Ausbau einlangen. In



der Gewerkschaftsführung, die derartigen Regelungen zustimmt, nicht hinnehmen. Diese Gewerkschaftsführung, die offensichtlich der eigenen Basis nicht zutraut, sich für die eigenen Interessen zu engagieren, die Aktionen beendet anstatt die Handelsangestellten in einem gut organisierten Streik zu führen. Die Gewerkschaftsführung darf sich nicht wundern, wenn nun viele Mitglieder frustriert die Gewerkschaft verlassen, von der sie sich nicht vertreten fühlen. Um in Zukunft erfolgreiche Kämpfe führen zu können, müssen wir bereits jetzt in der Gewerkschaft mit den Vorbereitungen beginnen und Widerstand gegen diese Gewerkschaftsführung zeigen.

Jimmy Müller, GPA-Mitglied

den letzten 2 Monaten konnten wir unseren Kampffond von 9921.- auf 16.203,75 erhöhen. Am 1. Mai konnten wir die gesamte Auflage verkaufen. Wichtig waren mehrere Büchertische und zahlreiche Einzelspenden wie z.B. eine Schülerin die 400.- spendete. Wir brauchen auch während des Sommers eure aktive und finanzielle Hilfe.

(Die Redaktion 1. Juli 1991)

WIR TREFFEN UNS:

SJ 5:

Gruppe Funke: jeden Mittwoch
19 Uhr 5, Grünwaldg.4

Gruppe LAG: jeden Dienstag
19 Uhr 6, Wallg.4

SJ 20:

Gruppe SAJ: jeden Dienstag
19 Uhr 20, Wehlstr.20/28
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)

SJ 23:

Gruppe Offensiv: jeden Dienstag
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
e.v. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Wien
Druck: A.Riegelnick
Piaristeng.19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier



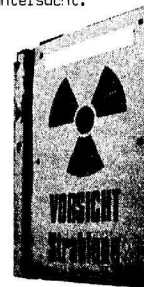
"Erwarten Sie nicht, eines natürlichen Todes zu sterben", meinte ein US-Wissenschaftler nach den ersten Atomwaffen-Tests Anfang der 40er Jahre. Er ahnte nicht, wie zutreffend seine Prognose auch für die sogenannte "friedliche" Nutzung der Kernenergie werden würde.

Schon 1952, nur 10 Jahre nachdem das erste Versuchs-Atomkraftwerk Strom erzeugte, explodierte ein kanadischer Uranreaktor. Unter mysteriösen Umständen sank 1963 ein Atom-U-Boot mit 129 Besatzungsmitgliedern. Am 26. April 1986 flog aufgrund einer Verketzung technischer und menschlicher Unzulänglichkeiten ein sowjetischer Atomreaktor in Tschernobyl in die Luft.

Vor Tschernobyl nahmen "Experten" für den Fall eines GAU's (Größter Anzunehmender Unfall) an, daß etwa 3000 Menschen sofort, 50.000 an den Spätfolgen sterben würden, der finanzielle Schaden wurde auf 14 Millionen \$ geschätzt. Heute kann man davon ausgehen, daß durch die, von Tschernobyl verursachte, radioaktive Verseuchung allein 500.000 Europäer sterben werden! Die Kosten, nur für die UdSSR, belaufen sich auf etwa 147 Milliarden US-Dollar.

Doch die Atomlobby gibt sich nicht geschlagen. Unter Anleitung der Internationalen Atom Energie Agentur (IAEA) und im Auftrag der sowjetischen Bürotellen Wissenschaftler fest: Wasser und Lebensmittel in den betroffenen Gebieten seien so gut wie nicht radioaktiv, die Menschen wären kaum Strahlung ausgesetzt, ein Ansteigen der Krebsrate nicht erkennbar. Die Umsiedlung von 200.000 wird als

unwirtschaftlich eingestuft. Die Hysterie in der Bevölkerung wäre aus politischen Gründen geschürt worden. Lob gibt es nur für die erste Maßnahme unmittelbar nach der Katastrophe; als nämlich über das Unglück Stillschweigen bewahrt wurde. Diese Vorgangsweise wird wörtlich als "verantwortungsvoll" bezeichnet. Warum aber Lebensmittel, die hunderte Kilometer vom Unglücksort entfernt geerntet werden, noch heute, 5 Jahre danach, zu hohe Caesiumwerte aufweisen, wird nicht geklärt. Ein weiterer Umstand macht die Untersuchung wertlos: 200.000 Abgesiedelte und 600.000 Arbeiter, die im Reaktorgebiet Aufräumarbeiten leisten mußten, wurden nicht untersucht.



Die Beseitigung des Atommülls ist nach wie vor ungeklärtes Rätsel

Kaum 100 km von Wien entfernt liegt das tschechische AKW Bohunice. Es besteht aus einem, nach 16 Jahren Bauzeit und 4 Jahren Betrieb stillgelegten Reaktor und 4 weiteren Blöcken sowjetischer Bauart, die in Betrieb sind. Der modernste dieser Blöcke stellt laut Studien ein weitaus größeres Risiko dar als jener Reaktor, der in Tschernobyl explodierte und schmolz. Ein 10 cm langer Riß im Primärkreislauf würde genügen, um die Katastrophe auszulösen. Den Konstrukteuren schien ein Versagen der Technik unmöglich - sie verzichteten auf Sicherheitssysteme und Notanlagen. Tatsächlich dringen immer wieder Berichte über ausgetretene radioaktive Flüssigkeiten, Brände, Beinahe-Katastrophen, u.s.w. an die Öffentlichkeit - trotz Vertuschungsversuchen

seitens der Kraftwerks-Manager. Ein schwerer Unfall in Bohunice betrafte, je nach Windverhältnissen, Prag (1,2 Millionen Einwohner), Budapest (2,2 Mio.) oder Wien (1,7 Mio) besonders stark. Laut Bundeskanzleramt müßte bei einer solchen Katastrophe innerhalb weniger Stunden die totale Evakuierung Wiens abgeschlossen sein. Die Undurchführbarkeit dieses Vorhabens liegt auf der Hand.

Unzählige Argumente sprechen gegen die Kernenergie: Sie ist unflexibel, kann neuen Bedürfnissen nicht angepaßt werden. Die Anreicherung des Brennstoffs mit Uran - um ihn AKW-gerecht zu machen - braucht ebensoviel Strom wie eine Stadt mit 500.000 Einwohnern. Die Kosten der Stromerzeugung sind weitaus höher als die anderer Energieträger. In jeder Produktionsphase können Mensch und Technik versagen und so globale Katastrophen auslösen, ... Die Alternativen dürfen aber nicht Öl, Kohle, Gas etc. sein, sondern: Eine gerechte Gesellschaft, die ökologischen Prinzipien gerecht wird, sanfte Energieformen (Wind, Sonne, Erdwärme) nutzt und Strom spart. Der Stromverbrauch pro Einwohner in der CSFR ist um 40% höher als in Österreich. Und hier könnten laut Umweltministerium 50% des Verbrauchs eingespart werden.

Doch die Marktwirtschaft orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen. Die Kapitalisten in ihren Villen mit Riesengärten und Privatwäldern sehen die Bedrohung nicht. Schlimmstenfalls retten sie sich in den privaten Atom-Bunker oder dösen mit dem Privatjet in sichere Gefilde. Wir sollen bleiben und krepieren. Daher fordern wir:

* Stilllegung aller AKW's
* Verstärkte Forschung auf dem Sektor der Alternativenenergie
* Produkte, Arbeitsformen und eingesetzte Energie müssen den (ökologischen) Bedürfnissen aller Menschen entsprechen
Christian Neumaier SJ 5

NEIN zu EG und EWR

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst vom Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Alles wird besser werden, ein wichtiger Schritt in Richtung eines Europa gesetzt.

Fragt sich nur welches Europa gemeint ist. 20-30 Mio. Arbeitslose allein im EG-Raum bei explodierenden Gewinnen für die Bosse sprechen für sich. Was kommt also wirklich durch EWR und Binnenmarkt auf uns zu?

Umwelt

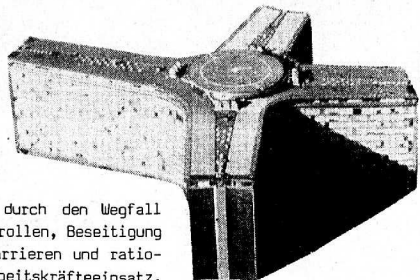
Grundsatz Nr. 1: Sozial- und Umweltmaßnahmen sind im EG-Europa nur "flankierende Maßnahmen". Sie dürfen nur soweit eingesetzt werden, wie sie nicht "wettbewerbsverzerrend" wirken! Im Umweltbereich gilt das "Prinzip der gegenseitigen Anerkennung". Das heißt, alle Produkte, die in einem Mitgliedsstaat zugelassen sind, dürfen auch in allen anderen vertrieben werden. Ein Verbot würde als Handelshemmnis betrachtet, das am Europäischen Gerichtshof eingeklagt wird. Dadurch wurde z.B. die beschlossene Kat-pflicht in Dänemark durch französische Autokonzerne zu Fall gebracht. Kurz gesagt: Niedrigster (schlechtester) Standard = gültiger Standard. Auch Verkehrskonzepte fehlen bisher - Nur das weiter auf die Straße gesetzt wird, ist bis jetzt klar (siehe Transitstreit).

Die Gentechnologie soll für die Profite der Unternehmer/Großbauern eingesetzt werden. Mit einem speziellen Rinderwachstumshormon sollen die Kühe 10% mehr Milch produzieren (und das bei bereits vorhandenen Überschüssen).

Soziales

Als Hauptargument der EWR-Fans gelten erwartete Preissenkungen durch den großen Markt, Kosten-

NEIN
zum
Europa
der
Konzerne



einsparungen durch den Wegfall von Grenzkontrollen, Beseitigung von Handelsbarrieren und rationelleren Arbeitskräfteeinsatz. Doch alle diese Veröffentlichungen erwähnen nicht die Folgen, die solche "Angleichungen" im Kapitalismus bedeuten. Weiters drängen EG-Kommissionen auf den Abbau vieler Subventionen, die zur Zeit das (ohnehin mangelhafte) Sozialnetz finanzieren, wie die wenigen Förderungen der Arbeitsmarktverwaltung, die Beiträge für Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, die der Bergbauernförderung usw. All dies würde auf Schließung ganzer Regionen hinauslaufen, Zentralisierung der Produktion an (für den Unternehmer) kostengünstigen Plätzen, von der EG erzwungener Straßenbau und damit auch Abwanderung Betroffener aus diesen Gebieten. EWR bedeutet weiters, daß soziale Absicherungen Schritt für Schritt demontiert



Mock: Für die Unternehmer nach Europa

werden. Befristete Arbeitsverhältnisse gewinnen an Bedeutung, wodurch die Situation für Arbeitnehmer schwerer und eine gesicherte Pension unsicher wird. Zur Zeit sind in der EG bereits 20-30 Millionen Arbeitslose, und die österreichischen Politiker werden sich "leider gezwungen sehen", das soziale Niveau auf EG-Niveau abzusenken.

Demokratie?

Trotz all dieser Aussichten werden die SPÖ- und Gewerkschaftsführer noch argumentieren, daß die EG-Mängel durch den Ausbau der demokratischen Institutionen zu verbessern seien. Doch die entscheidendsten EG-Organen werden bisher nicht gewählt - ihre Besetzung geschieht meist "gemäß der gesellschaftlichen Kräfte" (Arbeitnehmer-Unternehmer: 5% Unternehmer erhalten genausoviel Sitze wie der "Rest".) Die Auswirkungen einer solchen Praxis können wir anhand der österreichischen Sozialpartnerschaft sehen: niedriges Lohnniveau, kampfunfähige Gewerkschaften. Das EG-Parlament ist ohnehin nicht sehr wirkungsvoll, das geben selbst bürgerliche Politiker zu.

Die EG-Kommission arbeitet sämtliche Bestimmungen aus und gibt sie an die nationalen Parlamente zur Durchsetzung weiter. Prinzipielle Veränderung

ist dann nicht mehr erlaubt, denn sonst wird der Europäische Gerichtshof aktiv. ("Wettbewerbsverzerrung")

Europa der Arbeiter statt "neutrales" Österreich

Real ist Österreich bereits in die EG integriert, wirtschaftlich, politisch und auch militärisch (Überfluggenehmigungen). Von 1984-89 stiegen die Exporte in die EG von 53,3% auf 63,8% an. Das Gerede von Neutralität und Selbstständigkeit geht auf der jetzt bestehenden Grundlage an die Tatsachen vorbei. Nichtsdestoweniger müssen wir klar sehen, daß sich die Ausgangslage durch einen Beitritt verschlechtert. Wesentlich ist dabei für die österreichischen Arbeiter auch, daß die Unternehmer mit dem Argument "Europareife" eine Reihe von Verschlechterungen (z.B. Öffnungszeiten, Soziales, Verstaatlichte...) durchsetzen wollen: Deshalb

NEIN zu EG und EWR

NEIN zum Europa der Konzerne
Gleichzeitig gibt es natürlich (obwohl einige Linke davon träumen), keinen eigenständigen Alleingang der österreichischen Arbeiter auf der jetzigen Grundlage. Es ist notwendig daß gegen das bestehende Europa der Konzerne, daß Wirtschaftskrisen, Umweltzerstörung, soziale Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit verursacht, mobilisiert wird. Die Gewerkschaften müssen, beginnend bei den Arbeitern in den multinationalen Konzernen, eine internationale, kämpferische und schlagkräftige Organisation aufbauen. Gemeinsam mit den anderen Arbeitermassenorganisationen müssen sie eine koordinierte Strategie für ein anderes, sozialistisches, Europa entwickeln.

Thomas Mann SJ 5



BÜCHER
BÜCHER
BÜCHER
BÜCHER
BÜCHER
BÜCHER
BÜCHER

"Szenen aus dem 30-jährigen Krieg 1915-1945" untertitelt der AZ-Korrespondent und (nach eigener Definition) revolutionäre Marxist Georg Scheuer sein jüngstes Werk. Das als Autobiographie verfaßte Buch schildert auf spannende und sehr persönliche Weise den Kampf und Leidensweg, den viele revolutionär gesinnte Jugendliche in diesen stürmischen 30 Jahren miterlebten. Georg Scheuer tritt 15-jährig der sozialistischen Jugendbewegung bei, wechselt aber bereits ein Jahr später (enttäuscht von der Kampflosgigkeit der Sozialdemokratie) zum Kommunistischen Jugendverband über. Abgestoßen von der katastrophalen Politik Moskaus (Sozialfaschismus-Theorie, Volksfront, usw.) und der stalinistischen Verfolgung alter Bolschewiken, entschließt er sich, mit den letzten Marxisten (die sich um Trotzki sammeln) weiter zu kämpfen. Verhaftung, Emigration und Untergrundkampf kennzeichnen seinen weiteren Lebensweg bis 1945.

Scheuers Memoiren bieten weiters einen sehr guten Einblick in die damalige österreichische Linke sowie in ihre Arbeits- und Propagandamethoden. Zwar gelangt der Autor teilweise zu falschen Schlüssen (z.B. Einschätzung der Sowjetunion), er wirkt dabei aber weder schulmeisterlich noch einseitig. Den marxistischen "Jungen" hat der "Alte" jedenfalls mit seinen Erfahrungen wichtiges Rüstzeug für die aktuellen und kommenden Kämpfe gegeben.

John Evers SJ 5
Georg Scheuer: "Nur die Narren fürchten sich nicht" 85 228,-
Verlag für Gesellschaftskritik.



Am 8. Juni 1991 fand im 2. Bezirk die jährliche Landeskonferenz der Sozialistischen Jugend Wien statt. Die im VORWÄRTS Nr. 25 veröffentlichte Resolution über die SJ wurde mehrheitlich von den Delegierten angenommen.

Die Situation von Jugendlichen in Österreich gibt genügend Anlaß, sich politisch zu engagieren. Jugendarbeitslosigkeit, schlechte Ausbildung, zu geringe Lehrlingsentschädigung usw. Eine starke sozialistische Jugendbewegung könnte vieles umsetzen. Doch mittlerweile nimmt die Mitgliederanzahl der SJ weiter ab. Natürlich zeigten sich auf dieser Konferenz verschiedene Konzepte, wie dem begegnet werden kann. Politisch richtungswiesend sollte die Resolution für eine marxistische SJ sein. Wir wollen eine SJ, die alle Jugendliche, Lehrlinge, Schüler und Studenten, gemeinsam organisiert und die ein sozialistisches Programm hat. Wir wollen eine SJ, die immer dort steht, wo Jugendliche kämpfen oder benachteiligt werden.

Michael Hotvagner SJ 23

P.S. Die angesprochene Resolution "Für eine marxistische SJ" und die Programme für SJ-Gruppen sind bei der Redaktion erhältlich!

WOHNUNGEN FÜR ALLE

Die Mieten explodieren. Die Wohnungspreise sind so hoch wie noch nie, auch ohne Expo. Und wie das so ist in einer (sozialen) Marktwirtschaft, steigen die Preise ins Unermessliche, wenn die Nachfrage größer als das Angebot ist,

Wer heutzutage eine Wohnung sucht, ist wahrlich nicht zu beneiden, denn er kann mit einem doppelt so hohen Zins wie vorher fünf Jahren rechnen. Das trifft heute ca. 200.000 Wohnungssuchende in Österreich. Wenn sich an der jetzigen Situation nichts ändert, haben wir im Jahr 2000 300.000 Wohnungen zu wenig, Österreichweit stehen mehr als 20.000 Obdachlosen zehntausende leerstehende Wohnungen gegenüber.

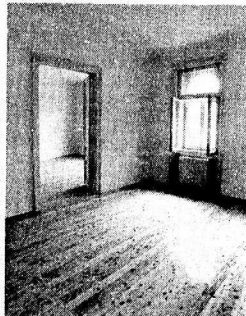
Doch wie sehen die Vorschläge der Koalitionspartner aus? Die Koalitionsverhandlungen für das 3. WRAG (Wohnrechtsänderungsgesetz) sind momentan voll im Gange. 1992 könnte das neue Gesetz dann in Kraft treten. Die Volkspartei, die nicht die Interessen des Volkes, sondern die der Hausbesitzer und Spekulanten vertritt, will die gänzliche Abschaffung der Kategorie-mietzinsobergrenzen. Für Kategorie A Wohnungen (mit Bad, WC und Heizung) wurden sie schon 1986 abgeschafft. Seither ist es natürlich zu einem starken Anstieg der Mieten gekommen.

An die Stelle von Obergrenzen soll ein Angemessenheitsprinzip treten (wie jetzt bei Kategorie A). Die Immobilienmakler sollen, wenn es nach den Bürgerlichen geht, die Angemessenheit der von ihnen verlangten Mieten dann bei allen Wohnungen festlegen? Da es sich bei der sogenannten Angemessenheit um einen Gummi-paragraphen handelt, kann das nur zu Lasten der Mieter gehen.

Selbst wenn sich die ÖVP in diesem Punkt nicht voll durchsetzt, wird es zu einer starken

Anhebung der Höchstmieten kommen. Für die Substandardwohnungen der Kategorie D sieht der momentane Verhandlungsstand so aus: Anhebung von 6,70 öS pro m² auf 15 öS. Durch die Möglichkeit von befristeten Mietverträgen wird der Kündigungsschutz durchlöchert. Wenn ein Mieter einen befristeten Mietvertrag hat, unterliegt er nicht dem Mieterschutzgesetz. Nach einer bestimmten Zeit müssen sich die Mieter wieder auf Wanderschaft begeben. Solche Maßnahmen werden der jetzt schon unerträglichen Situation kaum Einhalt gebieten. Mit der Not kann man eben viel Geld machen.

Schon heute sind Mieten von 120 bis 150 öS pro m² für eine mehr oder weniger akzeptable Unterkunft keine Seltenheit. Für Sozialisten sind Wohnungen ein menschliches Grundbedürfnis und dürfen daher keine Ware sein, mit der Profite gemacht werden dürfen.



**Freie Wohnungen:
aus Spekulationsgründen leer**

Laut Vizebürgermeister Mayr beträgt der Mietzins, der für die Erhaltung der Wohnhäuser notwendig wäre, 30 bis 36 öS pro m². Jetzt übliche Mieten sind 3 bis 4 mal höher als dieser Betrag. Daß die Regierungspolitik keine Unterstützung in der SPÖ-Basis findet, zeigt ein angenommener Antrag vom Wiener

Landesparteitag vom April 1991. So fordert die Wiener SPÖ Kategorie-mietzinsobergrenzen für die Wohnungen aller Kategorien, das Verbot aller Befristungen von Mietverträgen, Angebotszwang für alle leerstehende Wohnungen sowie Enteignung bei Spekulation.

Viele Politiker fordern, weil der Bund offensichtlich nicht in der Lage ist, die Situation am Wohnungsmarkt zu entspannen, eine Verländerung des Mietrechts. Dann wären Gesetze und Regelungen für den Wohnungsmarkt Sache des jeweiligen Bundeslandes. Das mag zwar z.B. in Wien von Vorteil sein, aber was ist mit den bürgerlich regierten Bundesländern. Dort würde so ein Schritt das Problem nur noch vergrößern! Die jetzige Situation kann nur durch eine sozialistische Wohnpolitik verbessert werden.

Die Gemeinde Wien hat auch keine Lösung zu bieten. Jährlich will die Gemeinde Wien 6.000 Wohnungen bauen. Viel zu wenig, aber nicht einmal das wird sie 1992 schaffen, dann sollen es nur 3.000 werden. Ein Witz? Wohl kaum. Wir brauchen ein staatliches Wohnbauprogramm, finanziert durch Besteuerung der Reichen, das menschenwürdige Wohnungen für zehntausende Menschen schafft.

Die Interessen der Mieter und nicht die Profite von Hausbesitzern und Spekulanten müssen im Mittelpunkt der Wohnpolitik stehen. Die ÖVP und die Unternehmer fordern mehr Markt, dann würden sich schon genügend Wohnungen finden. Aber so könnten sich die Unternehmer nur mehr Profit beschaffen, die Wohnungssuchenden bleiben auf der Strecke. Nicht "Liberalisierung" des Wohnungsmarktes, sondern im Gegenteil strenge Gesetze gegen Mietwucher und Spekulation mit rigoroser Über-

prüfung und Zwangsmaßnahmen (Enteignung) bei Nichteinhaltung müssen Leitlinie sozialistischen Handelns sein!

David Mum SJ 23

* Kein Verkauf von Gemeinde- und anderen öffentlich finanzierten Gebäuden, sondern Schaffung neuer Wohnungen mit öffentlichen Mitteln, um einerseits dem steigenden Wohnungsdefizit

Herr zu werden und andererseits den Mietwuchern das Handwerk zu legen.

* Mietzinsobergrenzen und Preisbeschränkungen für alle Wohnungen statt eines dehnbaren Angemessenheitsprinzips.

* Sofortige Aufhebung von Scheinuntermietern.

* Verbot des privaten Spekulations und des Ablösenwuchers.

* Keine Einschränkung der Wohnungsbeihilfen sondern vielmehr Ausbau dieser, damit auch unsere ausländischen Kollegen (die ja genauso Steuern zahlen) in den "Genuß" dieser kommen.

* Enteignung und Überführung der großen Baugesellschaften in Gemeineigentum unter demokratischer Arbeiterverwaltung.

Lehrer:

Kampf für höhere Löhne

Am 28. Mai streikten die Lehrer. Alle außer den AHS-Lehrern. Denn die haben schon das, was die anderen jetzt wollen.

1985 wurden die Gehälter der AHS-Lehrer an das A-Beamten-Gehaltsschema (Beamte mit akademischer Ausbildung), angeglichen, da sie, wie ihre Kollegen in der Verwaltung, eine universitäre Ausbildung haben.

Damit wurde aber die nächste Ungleichheit geschaffen: Die übrigen Lehrer an Pflichtschulen, Berufsschulen, Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen, deren Gehälter bis dahin etwa 7 % hinter denen der AHS-Lehrer lagen, liegen seither etwa 14 % zurück.

Und das obwohl die Belastung, vor allem der Pflichtschullehrer, in den letzten Jahren immer mehr stieg. Die von den Lehrern geäußerten Probleme sind vor allem Schwierigkeiten mit Schülern nicht-deutscher Muttersprache, steigende Aggressivität der Kinder und zu große Klassen.

Aber die vom Beamtenstaatssekretär Kostelka angebotenen Lösungsansätze sehen etwas seltsam aus: er will den Lehrern, die von diesen Problemen betroffen sind, eine Sonderzulage gewähren. Das würde aber an den bestehenden Problemen absolut nichts ändern und die Lehrer in zwei Lager spalten.



Zu große Klassen-Zu wenig Lehrer

Das Bildungssystem kracht an allen Ecken: Es gibt noch immer viel zu große Klassen, der Erfolgsdruck der Schüler steigt durch immer größere Lehrpläne, stärkerer Notenstreß soll die Schüler disziplinieren, es gibt zu wenige Schulen, ... Das starre Bildungssystem tut das Übrige: Die verschiedenen Schultypen lassen den Schülern nicht viele Möglichkeiten, die gewählte Schiene der Ausbildung zu verlassen. Daher müssen die Forderungen aller Lehrer für die laufenden Verhandlungen lauten:

* **12.000 Schilling Mindestlohn für alle Lehrer und ausreichende Gehaltserhöhungen!**

* **Erhöhung des Bildungsbudget!**
* **Verstärkter Einsatz von Begleitlehrern und Verkleinerung der Klassen durch Einstellung aller arbeitsloser Lehrer!**

Elisabeth Jancic SJ 20

Nicht nur die Wiener Bevölkerung sondern auch das Budapest Rathaus haben sich gegen eine Expo Wien-Budapest in 1995 entschieden.

Einer der Hauptgründe dafür war sicher, daß das Rathaus von den größten Oppositionsparteien SZDSZ und FIDESZ dominiert wird. Diesen Parteien ist die EXPO-Debatte nur ein Mittel zum Zweck, den regierenden MDF und Co. "in die Suppe zu spucken".

Auf dieses Mein reagierte die ungarische Regierung, indem sie eine mögliche Nur-Budapest-Expo in 1996 ankündigte - sehr zur Freude des Westens, da dessen große Konzerne auf ein gutes Geschäft hoffen.

Es ist also eindeutig, daß es weder all diesen bürgerlich-konservativen Parteien, noch dem Ausland um das Wohl der Bevölkerung geht. Sie wird belogen und hintergangen, und das Land wird ausverkauft. Alle Entscheidungen werden ohne die arbeitenden Massen getroffen: Die braucht man ja nur, um gewählt zu werden(!). Es sind keine Statistiken zu bekommen, wieviel ein solches Monsterprojekt den Ungarn kosten würde und keiner weiß, woher das nötige Geld kommen soll. Nur eins ist sicher: Die arbeits- und obdachlosen Massen, werden es am stärksten zu spüren bekommen, wenn die ohnehin schon niedrigen Unterstützungen weiter gekürzt werden. Diese EXPO nützt nur den Reichen - und deshalb ist bereits jetzt ein großer Teil der Budapest Bevölkerung dagegen!

Balazs Exner SJ 23

Mach meinen Kumpel nicht an

Sie leben zu zwanzigst in einer 20m² Kellerwohnung. Sie zahlen Steuern und Sozialabgaben, haben aber nicht die gleichen Rechte. Sie haben kein Wahlrecht. In den Städten leben sie oft isoliert.

Es handelt sich hierbei nicht etwa um die schwarze Bevölkerung in Südafrika. Solche Zustände herrschen für "Gastarbeiter" und Asylanten.

Seit der Öffnung des "eisernen Vorhangs" ist in Österreich die Flüchtlingsfrage zu einem wichtigen tagespolitischen Thema geworden. Es ist allerdings eine unbestrittene Tatsache, daß unsere ausländischen Mitbürger/innen in allen Bereichen der Gesellschaft benachteiligt werden.

90% der Ausländer leben in Altbauten, fast ausschließlich in Substandardwohnungen, in kleinen bis kleinsten Räumen. Die Wohnungen sind im Regelfall überbelegt, die Mieten fangen bei 1.500,- pro Bett an und hören bei einigen Tausendern auf. 20-30m² kleine Wohnungen zu 4-6000,- sind keine Seltenheit. Dort leben oft 6 oder mehr Erwachsene mit Kindern. Wenn es überhaupt schriftlichen Verträge gibt, dann nur befristet oder Untermietverträge. Die Ausländer werden oft mit Scheinuntermietern betrogen, denn wo kein Kläger, dort kein Richter.

Ausländer/innen werden als billige Arbeitskräfte von vielen Unternehmern "gebraucht". Hungerlöhne werden für schwerste Arbeiten bezahlt. In ihrer Not nehmen Flüchtlinge oder neu kommende Ausländer jede auch

illegale, Arbeit an. Entweder sie müssen Arbeit haben, um der Ausweisung zu entgehen, oder sie leben von der "Schwarzarbeit" ohne jede soziale Absicherung. Am Arbeitsstrich kann sich der Unternehmer Leute für den Bau abholen, für 20,- die Stunde. Sie versuchen, möglichst viel Profit aus den Arbeitern herauszuholen. Sie beschäftigen viele illegal, damit ersparen sie sich die Sozialabgaben und der Arbeiter ist besonders abhängig von ihnen. Das Risiko des Unternehmers ist dabei gering: Kontrollen werden (aufgrund des Arbeitskräftemangels in der Arbeitsmarktverwaltung) kaum durchgeführt. Außerdem sind nur lächerliche Geldstrafen zu erwarten. Der illegal Beschäftigte dagegen riskiert, "nach Hause" abgeschoben zu werden. Gerade gegen solche Praktiken



sollte die Gewerkschaft besonders hart vorgehen.

Die Arbeitslosigkeit bei Ausländern ist 1990 um 74% gestiegen. Die Unternehmer "ersetzen" damit jene Kollegen, die bereits länger in Österreich arbeiten und meist bezahlt bekommen, was ihnen laut Kollektivvertrag zusteht, durch unterbezahlte neue Zuwanderer oder Schwarzarbeiter, die um ihre Rechte nicht bescheid wissen.

Mitte 1991 ist die gesetzlich fixierte Höchstgrenze von 10% ausländischen Beschäftigten bereits erreicht worden. Gegner der Erhöhung der Kontingente ist die Gewerkschaft. Die Löhne sollen nicht durch billige Arbeitskräfte gedrückt und Arbeitslosigkeit verhindert werden. Aber: In diesen engen Grenzen gedacht werden alle Verbesserungen der Arbeitnehmer gefährdet sein. Flüchtlinge und Zuwanderung wird es auch weiterhin geben; die Frage ist nur, wie man damit umgeht. Arbeit ist genügend vorhanden (z.B. Soziales und Umweltschutz), es fehlt nur der Wille, auch Geld zu investieren, für in und ausländische Arbeitnehmer gleichermaßen. Wir werden die Rechte der schon in Österreich arbeitenden Menschen nur sichern können, wenn wir die Kapitalisten und die Behörden unter Druck setzen und gleiche Rechte für alle fordern und durchsetzen - dann gibt es auch genügend Arbeitsplätze.

Oberflächlich betrachtet trifft die Argumentation der Bürgerlichen und eines Haider

wenn sie sagen, daß Ausländer anderen Arbeitern die Plätze wegnehmen. Aber wenn man hinter den Vorhang sieht, erkennt man, daß diese (zu) einfachen Argumente nur dazu dienen, den sozialen Frust umzuleiten. Viele sind von Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und täglicher Ausbeutung betroffen. Die daraus entstehende Frustration und Aggressionen wird durch Zeitungsartikel, Werbung, Mundpropaganda usw. auf die Schwächsten der Gesellschaft - die ausländischen Kollegen/innen - gerichtet, durch Bestätigung alter Vorurteile.

In- und ausländische Arbeitnehmer sollen gegeneinander ausgespielt werden, um von den wahren Ursachen der sozialen Ungerechtigkeiten abzulenken. Wer ist schuld? Der Chef oder der Ausländer, der auch nur seine Arbeitskraft verkauft. Die enorme politische Kraft der Arbeiterschaft wird somit gespalten und geschwächt. Ausländer geben auch gute "Sündenböcke" ab, falls ein akutes Problem von den Mächtigen unserer Gesellschaft nicht "erklärt" werden kann. Somit wird jedes Problem erklärbar - Wer ist schuld an der Wohnungsnot? Wer ist schuld am Verkehrschaos? Wer ist schuld an niedrigen Löhnen? Doch nicht die Unternehmer oder ihre Behörden, oder?

Um den Ängsten vieler Arbeitnehmer zu begegnen, muß eine sozialistische Politik die materiellen Bedürfnisse befriedigen. Und wiederum sind wir am Ausgangspunkt - Die Verbesserung des Lebensstandards von In- und Ausländern ist gleichermaßen notwendig. Dies können wir aber nur gegen den Widerstand der Kapitalisten durchsetzen.

Höhere Bildung notwendig

Auch hier können wir den Zusammenhang zwischen sozialer Situation und Einstellung zu ausländischen Arbeitnehmer erkennen. Bei Jobs mit hohem

renz ausländischer Arbeitskräfte gering. Bei Hilfstätigkeiten (z.B. Hilfsarbeiter), bei bestimmten Arbeiten wie am Bau und in Küchen oder zunehmend im Facharbeiterbereich ist die Konkurrenz höher. Abgesehen davon legen die Kapitalisten keinen Wert auf kritische und sozial denkende Beschäftigte. Eingebildete Bedrohung und Unwissenheit stoßen auf vorhandene Vorurteile und verstärken sich gegenseitig.

Konflikte zwischen verschiedenen rassischen und nationalen Gruppen häufen sich besonders in Gebieten und Ländern in denen hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ungerechtigkeit und dementsprechend ein allgemein niedriges Bildungsniveau herrschen. (z.B. in den Slums amerikanischer Großstädte, wo Jugendliche keine Aussicht auf Jobs haben und es eine beträchtliche Analphabetenrate gibt. Natürlich hat jeder Konflikt seine Geschichte, aber die Ursachen haben nur verschiedene Gesichter. Es ist deshalb wichtig, massive Aufklärungsarbeit unter der Arbeiterschaft zu leisten und nicht - wie es auch die SPÖ betreibt - mit Gefühlen gegen Ausländer Politik zu machen.



Gefährliche Arbeit für Maria Gold

Kinder von Ausländern in der Ausbildung sehr benachteiligt, denken wir nur an den überproportionalen Anteil in Sonder- und Hauptschulen. Der Anteil ausländischer Schüler konzentriert sich in einigen Schulen und Gebieten (wie auch die Wohngebiete). Diese Politik verhindert natürlich die Integration der ausländischen Mitbürger/innen.

Sozialistische Politik

Wir müssen daher eine kombinierte Strategie verfolgen, um Ausländerfeindlichkeit wirksam bekämpfen zu können. Wir müssen dafür kämpfen, den Lebensstandard der gesamten Arbeiterschaft zu sichern und auszubauen. Nur eine kampfbereite und einheitliche Arbeiterschaft kann dies politisch erreichen. Dafür brauchen wir wiederum die ausländischen Arbeiter, damit nicht die Spaltung der Arbeiterschaft diesen Kampf scheitern läßt. Wir müssen uns für eine Solidarisierung einsetzen, und das schaffen wir nur durch Aufklärung und Bildung. Und durch gemeinsame Erfahrungen z.B. in der Gewerkschaft. Die Diskussion um die Kontingente an ausländischen Beschäftigten zeigt die Perspektivlosigkeit der Gewerkschaftsführung. Kontingente werden unnötig, wenn wir eine offensive Wohnungs- und Beschäftigungspolitik betreiben.

Die Ausbildung an den Schulen muß für ausländische Kinder grundlegend verbessert werden. Sie müssen besonders gefördert werden (z.B. Sprachausbildung). Die kulturelle Integration darf nicht bedeuten, daß die ausländischen Mitbürger/innen ihre Kultur aufgeben, vielmehr sollen sich die Kulturen ergänzen. Gerade angesichts des Elends der Flüchtlinge und der Ungerechtigkeit, welche der österreichische Staat ihnen zuteil werden läßt, müssen wir beharrlich für die Rechte der Flüchtlinge eintreten.

McDonalds beißt kräftig ab

1971: Der Fast Food Konzern McDonalds beginnt sein Imperium von den USA aus, auf den Rest der Welt auszudehnen.

1972: Ray Kroc, Gründer von McDonalds, spendet dem amerikanischen Präsidenten Nixon 250.000\$, um dem Demokraten McGovern, der sich für ein verbessertes Gesundheitssystem, für mehr staatliche Sozialleistungen und für Minderheiten einsetzte, unerschütterlich zu machen. McDonalds konnte in diesem Jahr als einziger seine Preise erhöhen, und zwar gleich um ganze 9%.

"Der Umweltschützer"

Die Wälder Brasiliens werden gerodet, um Soja anbauen zu können. Soja dient als Futter für die McDonalds - Rinder. McDonalds vertreibt nicht nur die Bauern von den Plantagen sondern auch die Kleinhändler, indem er monatlich in den Städten Brasiliens ein neues Restaurant aufsperrt. Die Familien sind gezwungen, in die Slums der Städte oder in den Norden zu ziehen. Sie sind Opfer einer Wirtschaftspolitik, die Überfluß auf der einen, Armut auf der anderen Seite produziert. McDonalds ist einer von denen, die zu den Gewinnern dieses grausamen Spiels gehören.

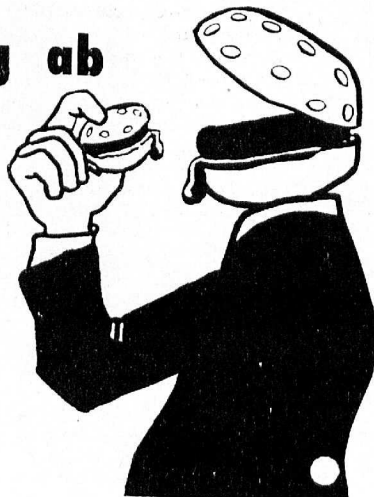
Arbeitsbedingungen

In Österreich beginnt ein Arbeiter bei McDonalds mit einem monatlichen Bruttolohn von ca. 7500 ÖS. Da dies bei ständig steigenden Lebenshaltungskosten kaum ausreicht, um zu leben, ist natürlich der Wunsch jedes Arbeiters der Aufstieg zum Manager. Es wird mit Gold-, Silber- und Bronzeabzeichen, die in regelmäßigen Abständen an die Arbeitnehmer vergeben werden, dafür gesorgt, daß unter den

Arbeitern ein ständiger Konkurrenzkampf besteht. Ein Betriebsrat existiert nicht. Die "Manager" werden dazu angehalten, bei den Aufnahmegesprächen herauszufinden, ob der Bewerber gewerkschaftlich organisiert ist. In diesem Fall ist der Bewerber selbstverständlich nicht einzustellen. Wann ein Arbeiter zu arbeiten hat, wird in einem Dienstplan jeweils eine Woche zuvor festgelegt. Dabei kann es vorkommen, daß man (bei einer 40-Stundenwoche) in der einen Woche nur auf 24 Arbeitsstunden, in der nächsten auf 56 kommt. Dieser Dienstplan ist jedoch kein Garant dafür, daß der Arbeiter, auch zur festgesetzten Zeit, seinen Arbeitsplatz verlassen kann. Vor Verlassen der Arbeitsstätte ist der Manager zu fragen (ebenso, wenn man die Toilette aufsuchen will). Befindet der Manager, daß noch etwas zu tun ist, muß man bleiben. Nacht- und Überstunden werden jedoch nur in vollen Stunden abgerechnet. Auch während der Pause darf der Betrieb nicht verlassen werden. Daher ist der Arbeitnehmer auf mitgebrachtes Essen bzw. auf das Fast-Food, das er "großzügigerweise" zum halben Preis erhält, angewiesen.



McDonalds: auch in Moskau das große Geschäft mit dem "Lager!"



Während der Arbeit herrscht penibelste Kontrolle. Permanentes "durch-die-Gegend-flitzen" ist gefragt. Wer länger als eine Minute an einer Stelle steht, wird angeschnauzt. Obere Devise für das Personal an der Kassa: "Immer lächeln!". Die "Service-Schnelligkeit" ist natürlich eine Selbstverständlichkeit in einem Fast-Food-Restaurant: "Eine Minute Wartezeit an der Theke ist zu lange. Dies ist das äußerste Maximum für jemanden in der Warteschlange. Da Trinkgeld nicht eingesteckt werden darf, sondern in eine eigens dafür bestimmte Kasse zu wandern hat, befinden sich keine Taschen an der Arbeitskleidung. Die unangenehmste Tätigkeit ist jene in der Küche. Da dieser Arbeitsbereich für die Kunden leicht einsehbar ist, gibt es keine Möglichkeit, sich kurz zurückzuziehen und z.B. einen Schluck zu trinken. Die Grillplatte ist glühend heiß und überall spritzt ein heißes Fett entgegen. Sicherheitsvorkehrungen gibt es keine, auch Handschuhe werden beim Grillen nicht verwendet, da sie das Arbeitstempo verringern würden. Brandblasen stehen auf der Tagesordnung. Die Manager machen die Arbeiter stets darauf

aufmerksam, daß absolute Sauberkeit oberstes Gebot sei. Daher muß, wenn einmal zwei Sekunden lang nichts zu tun ist, sinnlos mit einem Tuch die Kassa poliert werden, damit "niemand untätig herumsteht".

In anderen Arbeitsbereichen wird es mit der Hygiene jedoch offensichtlich nicht ganz so genau genommen: So kommt es genau einmal vor, daß ein ver-

stopftes Klo mit dem Grillschaber gereinigt wird.

US-General Abrams weiß, welchen Dienst McDonalds seiner Nation erweist: "Für einen jungen Menschen ist es sehr gesund, bei McDonalds zu arbeiten. McDonalds macht aus ihm einen effizienten Menschen. Wenn der Hamburger nicht ordentlich aussieht, fliegt der Typ raus. Dieses System ist eine

still dahinarbeitende Maschine, die, daß unsere Armee nach-eifern sollte."

Ulli Sefelin SJ 3
Christian Jordan SJ 5

Die Fakten wurden dem Buch "McDonalds beißt kräftig zu" von Siegfried Pater, erschienen im Lamuv-Verlag, und persönlichen Erfahrungen entnommen.

Wir müssen zahlen die Aktionäre kassieren

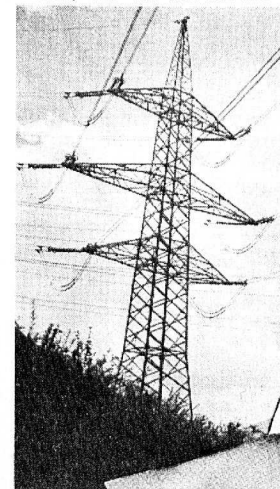
Strom wird teurer. Anfang 1991 wurde der Strompreis bereits um 5,9% erhöht. Mit 1.Juli werden es noch um 5,1% mehr werden. Das sind insgesamt mehr als 11%.

Bei diesen Erhöhungen soll es aber laut Verbund-Generaldirektor Fremuth nicht bleiben. Er hat angekündigt, daß "künftig alle 2 Jahre ein Preisantrag gestellt werden soll." Für den Generaldirektor stellt eine 11%ige Verteuerung sicher kein Problem dar, aber für einen Großteil der österreichischen Haushalte bedeutet dies enorme zusätzliche Kosten. Bereits jetzt gibt es Menschen, die im Winter nicht oder nur ungenügend heizen können. Im nächsten Winter werden es noch viel mehr sein. Für Stromgroßabnehmer - also für Industriebetriebe, die den Strom wesentlich günstiger beziehen - stellt das ein wesentlich geringeres Problem dar. Laut E-Wirtschaft liegt Österreich bei Stromgroßabnehmern im untersten Preisbereich, für Haushalte europaweit im Durchschnitt. Zudem wird die Strompreiserhöhung von den Produzenten durch höhere Produktpreise auf den Konsumenten abgewälzt.

Die Strompreiserhöhung im Zweijahresrhythmus sei eine Inflationsangleichung, meint Fremuth und außerdem wegen des

steigenden Stromverbrauchs notwendig. Eine andere Begründung aber scheint wesentlich logischer. Der Verbund schüttet seinen Aktionären eine garantierte Dividende von 16% aus. Und die muß ja irgendwie finanziert werden!

Eine weitere Geldquelle des Verbundes ist die Donaukraft AG, die zu 95,2% im Eigentum des Verbundes ist. Sie will für den Bau des Großkraftwerkes Freudenau vom Bund 30% der Kosten bezahlt bekommen. Anstatt die Unsummen, die für den Bau not-



Wenn Du VORWÄRTS unterstützen und weitere Informationen willst, schreib bitte an VORWÄRTS c/o John Evers, Kriehuberg, 21/11 1050 Wien



Für eine starke sozialistische Arbeiterpresse Unterstützt VORWÄRTS

wendig sind, (man rechnet mit rund 12,5 Milliarden Schilling) in energiesparende Maßnahmen zu investieren, wird es wieder in ein Monsterprojekt gesteckt. Dabei gibt es laut einer Studie des Umweltministeriums, enorme Energiesparpotentiale, die nicht genutzt werden. Es wird immer mehr immer teurerer Strom produziert. Investitionen müssen in Energiesparmaßnahmen und alternative Energieformen getätigt werden anstatt Monsterprojekte zu realisieren und das Geld dafür bei uns einzutreiben!

Sonja Grusch SJ 23



5-Tage-Woche: JETZT

Seit 3 1/2 Jahren versucht die Gewerkschaft HGPD (Hotel-, Gastgewerbe, Persönliche Dienste) für alle Beschäftigten im Gastgewerbe die 5-Tage-Woche durchzusetzen. Ebensolange finden die Unternehmervertreter immer wieder Gründe, warum das angeblich unmöglich ist.

Im März '91 einigten sich nun Gewerkschafts- und Unternehmervertreter auf die Einführung der 5-Tage-Woche mit 1. Mai '91, wobei die Gewerkschaft auf Forderungen der Unternehmer einging, die Verschlechterungen für die Beschäftigten bedeuten (z.B. Verlängerung der Durchrechnungszeiträume der Arbeitszeit und der freien Tage, Lockerung des Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetzes betreffend der Sonntagsarbeit).

Aber kurz vor dem 1. Mai zogen die Unternehmer ihre Zustimmung zurück mit dem Argument, daß die verbleibende Zeit zu kurz sei, um Änderungen durchzuführen. Sie haben zwar gesagt, daß es mit 1. November '91 zur Einführung der 5-Tage-Woche kommen wird, aber da sie die Zustimmung seit Jahren hinauszögern, ist es sehr fraglich, ob sie überhaupt zustimmen.

Wirtschaftsminister Schüssel richtete an die HGPD einen "Maßhalteappell". Die Gewerkschaft solle den "Supersommer" nicht mit einem Arbeitskampf gefährden! Und Landeshauptmann Haider forderte die Unternehmer auf, sich der Einführung der 5-Tage-Woche zu widersetzen. Das zeigt wieder einmal ganz deutlich, daß diesen Vertretern von ÖVP und FPÖ die Gewinne der Unternehmer weit wichtiger als die Rechte der Lehrlinge und Arbeitnehmer sind.

Die Haltung zur 5-Tage-Woche ist aber nur das Tüpfelchen auf dem i. Im Gastgewerbe herrschen geradezu mittelalterliche Zustände. Die Kollektivvertragslöhne liegen bei 9-14.000,-

brutto, die Arbeitszeit bei durchschnittlich 60-90 Stunden pro Woche. Manche Arbeitnehmer haben wochen- oder sogar monatelang keinen freien Tag, die Ausbildung der Lehrlinge ist oft mehr als mangelhaft und Gesetzesübertretungen sind keine Seltenheit (und bei den Lehrlingen in Kärnten am häufigsten).



Die im Gastgewerbe üblichen Trinkgelder werden von den Unternehmern als Argument für niedrigste Löhne verwendet. Diese Trinkgelder sind steuerfrei. Das klingt aufs erste ja positiv, bei näherer Betrachtung hat es allerdings große Nachteile. Sozial-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung werden nur vom Gehalt berechnet und bezahlt und sind dementsprechend niedrig. Der Unternehmer kann sich um jenen Teil der Sozialversicherungsbeiträge drücken, den er bei entsprechenden Löhnen zahlen müßte!

Die zahlreichen Gesetzesübertretungen werden meist nicht angezeigt, und wenn doch, selten bestraft. In ganz Österreich gibt es nur etwa 500 "Arbeitsinspektoren", die das Recht haben, Betriebe zu kontrollieren. Die Bestrafung aber unterliegt der Bezirkshauptmannschaft (in Wien dem Magistrat). So kommt es, daß nur etwa ein Drittel der angezeigten Übertretungen auch bestraft werden. Und dann sind die Strafen so niedrig (1-6000,-

beim 1. Vergehen), daß es sich trotzdem rentiert. Angesichts all dieser Mißstände scheint die Forderung nach der 5-Tage-Woche viel zu wenig. Da die Unternehmer ihren Widerstand immer noch aufrechterhalten, plant die Gewerkschaft Aktionen zur entgeltlichen Durchsetzung. Der "Sonnenkleber" soll dem Besucher eines Gastgewerbebetriebes zeigen, daß dieser Betrieb die 5-Tage-Woche eingeführt hat. Hat er diese nicht, sollte man sich mit einem Hinweis darauf nach einem anderen Lokal umsehen.

Der Boykott von Unternehmern, die nicht einmal die banalsten Grundrechte zugestehen, ist sicher ein wichtiger Schritt. Es ist aber fraglich, daß dies und Verhandlungen reichen werden, um die 5-Tage-Woche durchzusetzen. Die Unternehmer haben in den letzten Jahren klar gezeigt, daß sie nicht nachgeben werden. Die Antwort der Gewerkschaft darauf darf nicht sein, den Forderungen der Unternehmer nach Verschlechterungen für die Beschäftigten zuzustimmen. Die Gewerkschaft schreibt sogar: "Unserer Gewerkschaft war stets klar, daß die Verwirklichung nur durchzusetzen ist, wenn auch auf der Arbeitnehmerseite Zugeständnisse an die Arbeitgeber gemacht werden." Wie weit soll das noch gehen?

Es ist klar, daß gerade eine so zersplitterte Branche wie das Gastgewerbe Solidarität braucht. Der ÖGB-Vorsitzende Verzetnitsch hat schon vor einhalb Jahren seine Solidarität erklärt und Hilfe zugesichert. Bis jetzt aber hat es weder innerhalb des ÖGB (z.B. in der "Solidarität") noch außerhalb vom ÖGB aus eine Solidaritätskampagne für die Beschäftigten im Gastgewerbe gegeben. Die Situation erfordert verschiedene Kampfmaßnahmen, um das Ziel zu erreichen, wie z.B. Solidaritätsstreiks und breitgestreute Information.

Denn gerade dieser Kampf kann nur durch Solidarität und die Hilfe der gesamten Arbeiterbewegung gewonnen werden.

Sonja Grusch SJ 23

Keine 2. Wiener City

Mitte Mai drängten sich eine halbe Million Wiener und Wienerinnen vor den Wahllokalen, um großteils ihrer Unmut freie Luft zu machen. So sprachen sich satte 65% gegen die geplante Weltausstellung (EXPO 95) aus.

Doch dieses Ergebnis ist kein Zufall, sondern ist Ausdruck einiger schwerwiegender Verfehlungen in der Kommunalpolitik. Wichtigste Aussage dieses Ergebnisses ist, daß die Wiener und Wienerinnen ausdrücklich NEIN zur herrschenden Wohnungssituation sagen. NEIN zu Ablösenwucher, Spekulation und kriminellen Methoden von so manchen Hausbesitzer angewandt. Diese Mißstände sind auf eine lasche Politik der SPÖ zurückzuführen, die der bürgerlichen Willkür, von ÖVP und FPÖ (den politischen Interessensvertretern der Spekulanten) freies Spiel gelassen haben. Stattdessen hätten sie offen eine sozialistische Wohnbaupolitik betreiben müssen. Gute Beispiele bietet da die Stadtplanung der 1. Republik. Damals traten sozialistische Politiker für sozialen(!) Wohnbau und nicht für Prestigebauwerke ein. Auch ein Punkt, warum so viele mit Nein stimmten, war die berechtigte Angst vor noch mehr Autos und Bussen in der Stadt. Denn schon heute erliegt Wien zweimal täglich einem Verkehrsinfarkt. An die Lösung des Problems wurde noch nicht herangegangen. Ein entscheidender Schritt in diese Richtung wäre die sofortige Einführung des Nulltarifs auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln, denn nur so würden sie eine wirkliche Alternative zum Individualverkehr (Autos) bieten. Doch jährliche Preissteigerungen bei Bim, S-Bahn und Bus sind leider noch die Realität.

Dabei sind gerade in Wien die Voraussetzungen für einen anderen Weg vorhanden. Mit ihrer

absoluten Mehrheit hat die SPÖ die große Chance, zu zeigen, welche Vorteile sozialistische Stadtplanung bietet, wenn sie auch nur wirklich umgesetzt wird. Wie sie ihr großes Plus aber nicht verwertet, sehen wir deutlich, wie große Teile der SPÖ an die "Ausländerfrage" herangehen. Anstatt deutlich zu zeigen, wo in der Gesellschaft die Grenze verläuft, eben nicht zwischen jugoslawischem Lagerarbeiter und Wiener Verkäuferin, sondern zwischen Arbeitern und Unternehmern, bläst sie mit den Bürgerlichen in das selbe Horn. Nach dem Motto "wenn ausländerfeindlich, dann gleich richtig" profitiert die FPÖ (mit ihren fetzigeren Schein-Lösungen) von so einer katastrophalen Politik. Apropos Katastrophe:

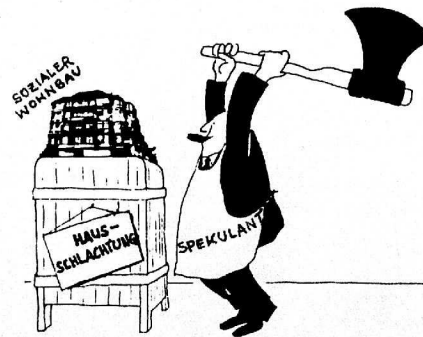
Keine 2. City

Ungeachtet dem Volksbefragungsergebnis fahren Bagger und LKWs am für die EXPO und 2. City geplanten Areal, als hätten 100% mit "JA zur EXPO" gestimmt. Denn wenn es ums Geschäft geht, scheren sich Unternehmer wie die Wiener Entwicklungsgesellschaft für den Donauroum (WED) (70% Versicherungen und Großbanken, 10% Wiener Holding und 20% die skrupellose japanische Invest-

mentbank Nomura) einen Dreck, was die Öffentlichkeit für richtig hält. Doch eine solche Vorgangsweise von sozialistischen Politikern darf nicht vorkommen.

So fängt man heute (statt erst 1995) mit der "Nachnutzung" der EXPO an. Noch diesen Herbst wird mit der Überplattung der Donauufer-Autobahn begonnen, und auf dieser 20 Hektar großen Platte wie auch auf dem übrigen Gelände sollen Bauten mit "gemischter Nutzung" entstehen. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, was darunter zu verstehen ist: Bürokomplexe (diese werden bis zu 70% der Fläche einnehmen) sowie Luxuswohnungen mit Blick auf die Donau für die oberen 10.000. Denn mit Sozialwohnungen läßt sich halt nicht das große Geld machen. So manche dieser Betonpaläste werden schwindelerregende 100-150m Höhe erreichen (ungeachtet wissenschaftlichen Studien, die Wolkenkratzer nur Minuspunkte vergeben können). Doch das Areal rund um die Donau scheint der WED und Nomura aber noch nicht ausreichend zu sein, schon spekulieren sie am Asperner Flughafen, um dort ebenfalls mit der Errichtung von gemischten Bauten zusätzlichen Profit zu machen.

Wolfgang Flurschütz SJ 5



DIE WAHREN SCHMAROTZER

Josef Hesoun hat den "Stein der Weisen" gegen Arbeitslosigkeit gefunden. Laut unserem Sozialminister "gibt es Leute, die das soziale Netz über Gebühr in Anspruch nehmen".

Da die Arbeitslosigkeit von 5,4% angeblich zu einem erheblichen Teil auf "Sozialschmarotzertum" zurückzuführen ist, hat er mehrere Lösungen parat: "Wird zum ortsüblichen Tarif eine Arbeit angeboten, kann ein gesunder Mensch, bei dem die Qualifikation stimmt, nicht eine Stelle nach der anderen ablehnen". Schon jetzt gilt die Bestimmung, daß einem Arbeitslosen, der dreimal hintereinander eine Stelle ablehnt, für vier Wochen das Arbeitslosengeld gestrichen wird.

Der Arbeitsmarkt müsse jedenfalls gründlich reformiert werden: Kontrolloren sollen in den Arbeitsämtern die Arbeitswilligkeit der Arbeitslosen testen. Bei der ersten Ablehnung einer zumutbaren Arbeit soll die Unterstützung entfallen. Wiedereinstellungsbescheinigungen sollen gestrichen werden. Sie machen es möglich, daß der Betroffene mit der Bestätigung des Arbeitgebers, in zwei, drei Monaten einen Arbeitsplatz zu bekommen, bis dahin das Arbeitslosengeld erhält. Dadurch haben die Arbeitnehmer die Möglichkeit, selbst Arbeit zu finden bzw. nach saisonbedingter Kündigung durch den Arbeitgeber wieder in derselben Firma eingestellt zu werden.

Also sind die "Sozialschmarotzer" nicht etwa die Manager, die zehn- bis zwanzigmal mehr verdienen als ein Facharbeiter; nicht die Unternehmer, die freundlicherweise Arbeitsplätze wegrationalisieren, um die Firma zu "retten", selbst aber Millionen scheffeln; nicht die Spitzenpolitiker mit immerhin siebenstelligen Jahresgehäl-

tern sind die Schmarotzer, die Herrn und Frau Österreicher am Geldsäckel hängen. - Nein!

Wie es auch Österreichs Kleinformat längst erkannt hat, lebt ein Teil der Österreicher - die Arbeitslosen - mit oft weniger als 5000 Schilling monatlich in Saus und Braus vom Geld der anderen und hat, da er mit diesem Betrag ohnehin im Luxus lebt, gar kein Interesse daran arbeiten zu gehen, oder?

In diesem Fall müßten sich die Menschen in den letzten zehn Jahren allerdings stark verändert haben: demnach wären heute mehr als doppelt so viele arbeitsunwillig als noch vor zehn Jahren (im Jahr 1980 waren weniger als 2% arbeitslos gemeldet).

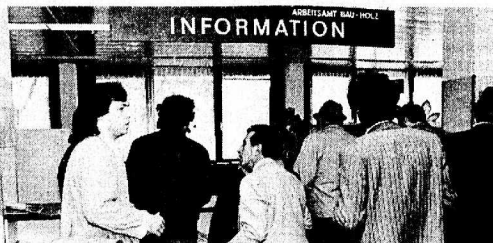
Besonders gestiegen sind die Arbeitslosenzahlen bei Jugendlichen und bei über 50-jährigen, denen schlechtere Positionen am Arbeitsmarkt zukommen. Dramatisch angestiegen ist auch die Arbeitslosigkeit bei den ausländischen Kollegen (70% Zunahme!). Aber: Nur 50% der arbeitslosen

immer bei 4%. Arbeitsunwilligkeit kann also nicht die Ursache für Arbeitslosigkeit sein.

Es stimmt sicher, daß die Vermittlung durch die Arbeitsämter nicht so schnell erfolgt wie es nötig wäre: während sich die Zahl der Arbeitslosen nahezu vervierfacht hat, sind bei den Arbeitsämtern nicht mehr Personen beschäftigt als vor zehn Jahren. Aber auch eine Aufstockung des Personals würde das Problem nicht lösen.

Die wahren Schmarotzer

Doch selbst bei rascherer Vermittlung würde die Arbeitslosigkeit nur unwesentlich sinken. Arbeitsplätze werden zunehmend wegrationalisiert, um die Arbeitskosten niedrig und die Unternehmergewinne hoch zu halten. Dort, wo mehr Arbeit anfällt, werden nicht zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt, sondern die Arbeiter einfach zu (teilweise unbezahlten) Überstunden verdonnert. Handelsangestellte können von einer 40-



Die wahren Schmarotzer sitzen in den Chefetagen

Ausländer beziehen Arbeitslosengeld, nur in Ausnahmefällen bekommen sie Notstandshilfe.

Auf eine freie Stelle kommen im Durchschnitt 4 Arbeitslose. Selbst wenn jede Stelle sofort besetzt würde (was unmöglich ist, denn wie kann eine Waldviertler Textilarbeiterin einen Vorarlberger Kellner ersetzen) wäre die Arbeitslosenrate noch

Stunden-Woche nur träumen, im Gastgewerbe muß ein Arbeitnehmer durchschnittlich 60 bis 90 Stunden pro Woche arbeiten. Um Kosten zu sparen, werden vor allem in der Baubranche unangemeldet (also illegal) und zu niedrigsten Löhnen (oft ausländische) Arbeiter beschäftigt.

Indem ein Teil der Lohnabhängigen aus dem Arbeitsprozeß

ausgegliedert wird, wird die "Ware Arbeitsplatz" begehrter: Die Arbeitnehmer sind zunehmend bereit, für weniger Geld und zu schlechteren Bedingungen zu arbeiten - die Unternehmer machen dadurch noch höhere Gewinne. Dies beweist allein die Tatsache, daß die Unternehmergewinne in den achziger Jahren zehnmal mehr gestiegen sind als die Einkünfte aus unselbständiger Arbeit.

Sozialistische Politik

Sozialistische Politik muß heißen, dieser Entwicklung massiv entgegenzutreten und nicht gemeinsam mit dem bürgerlichen Lager die Arbeitslosen unter den Schmarotzern einzureihen, sondern den wahren Schmarotzern in den Chefetagen einen Riegel vorzuschieben! Die Politik eines Hesoun zeigt, wie sehr sich die Gewerkschaftsführung mit den Unternehmern arrangiert hat. SPÖ und Gewerkschaften müssen mit der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und offensiven Lohnforderungen wieder die Arbeitsmarktpolitik bestimmen! Nur so wird es möglich sein, daß jede/r in Österreich eine menschenwürdig bezahlte Arbeit findet und nicht die Arbeitslosen als Schmarotzer verleumdet werden!

Andrea Koch SJ 5

Wir fordern:

- * **Sofortige Verdoppelung des Personals bei den Arbeitsämtern - keine Privatisierung der Arbeitsvermittlung!**
- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn und weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fortschritt**
- * **Scharfe Kontrollen und höhere Strafen für Unternehmer, die Arbeitnehmer für Schwarzarbeit mißbrauchen!**
- * **garantierte Arbeit und 12.000 ÖS-Mindestlohn für jede/n, finanziert durch ein staatliches Programm mit den Profiteuren der Unternehmen!**

SPÖ Parteitag

Alles war ohnehin schon vorher klar: Die Umbenennung auf Sozialdemokratische Partei, der Vranz-Jubel und Trubel und die Lobhudelei auf die großkoalitionäre Kürzungspolitik.

In ganz Österreich wurden schon lange vor dem Parteitag Plakate sichtbar (quasi zur Sicherheit) die das "neue" Image der SPÖ dem Delegiertenbeschuß vorwegnahm. Wo da die "neue Qualität" der Demokratie bleibt, weiß wahrscheinlich nur die Parteiführung.

Aber auch die Jugendorganisationsvertreter bedeckten sich nicht gerade mit Ruhm in den Plenumsdiskussionen. Ein paar SJ-ler protestierten zwar gegen die Umbenennung der Partei, aber nicht gegen die dauernde rechte Politik der Regierung. Kaum ein Wort von Rekordarbeitslosigkeit, der Privatisierung der Verstaat-



Ist die Parteireform nur Augenauswischerei?

lichten Industrie, Ladenschluß; keine Forderung nach einem radikalen sozialistischen Kurswechsel und sofortige Beendigung der Koalition. Die Konservativen haben sich im Parlament bereits einigemale durchgesetzt (z.B. in der Familienpolitik). Wir werfen der Parteiführung vor, nicht gegen die ÖVP und FPÖ vorzugehen. Die SPÖ-Führung macht sogar

mit, wenn die Rechte der Arbeitnehmer demontiert werden. Die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben geht weiter. Die Unternehmer verdienen sehr gut, dafür werden immer mehr Menschen ärmer und haben finanzielle Nöte. Wir werfen der SPÖ-Führung vor, die Kraft der Arbeiterbewegung nicht zu nützen und sogar Reformen zurückzunehmen. Die Partei ist voll eingeschworen auf die Große Koalition und auf Vranitzky, das ist das Bild nach außen; aber an der Basis gärt es, immer mehr Mitglieder verlassen die Partei.

Aber bravsein lohnt sich: SJ-Vorsitzender Winkler (bezeichnete sich selbst als Parteitagsharlekin) erhielt 99% der Stimmen bei der Vorstandswahl. Eine einzige Katastrophe war JG-Chef Christian Cap (95%): "Vranitzkys Bericht findet über weite Strecken die Zustimmung der Jungen". Seine durch und durch angepasste Linie gipfelte im "JA zur Umbenennung".

Insgesamt war die ganze Veranstaltung eine Fortsetzung und Abseignung der bisherigen (rechten) Politik der SPÖ-Führung. Er hat deutlich gemacht, daß von "oben" keine Verbesserung zu erwarten ist. Vranitzkys Referat zeigte als wesentliches Grundproblem im Moment die Krise der ÖVP auf (anstatt die Situation zu nutzen und diese verkommene Partei endlich zum Teufel zu jagen). Das die letzten Wahl-"siege" (in Wirklichkeit hat die SPÖ bei den letzten Wahlen verloren) nur auf "geborgten" Stimmen basierten, das vergessen Vranitzky und Cap offensichtlich. Eine Bauchlandung, nein ein Bauchfleck ist vorprogrammiert. Wenn wir den Kurs nicht und zwar scharf nach links ändern!

John Evers SJ 5

EX FÜR HAIDER



Sozialistische Jugend Wien
1978 Wien, Gumpoldsdorf 22

Überraschend? Nein. Haider hat wieder einmal mit Nazi-Propaganda um sich geworfen. Auf einer Kundgebung am 19.6. in Klagenfurt hat er vor 10.000 "Jörg-Fans" gegen den "linken Pöbel" gewettert.

Haider hat in der Vergangenheit oftmals versucht, mit deutsch-nationalen Sprüchen, mit Verharmlosung des Faschismus und mit einer beispiellosen Hetze gegen Ausländer und Arbeitslose auf Stimmenfang zu gehen. Ob Haider ein Nazi ist? Eigentlich egal. Es gibt zwar sicher Kontakt zwischen Haider und rechtsextremen Parteien und Verbänden. Aber diese Wahlerfolge konnte er nur erzielen, weil er Vorurteile wie Ausländerfeindlichkeit benutzt, um von den wirklichen Ursachen abzulenken. Er bietet den Leuten einfache Lösungen. Er benützt altes Nazi-Gedankengut, um gegen die "da oben" zu wettern, gegen Mißwirtschaft und Korruption, weil die "da oben", die "Bonzen", die kleinen Leute betrügen. Vom privaten Unternehmer, der seine Arbeiter ausbeutet, ist nicht die Rede. Oder daß in Kärnten, vielmehr als in anderen Bundesländern die Jugendbeschäftigungsgesetze von Unternehmern gebrochen werden. Aber in Kärnten braucht man als Unternehmer

unter Haider keine Angst haben, bestraft wird man dann sowieso nicht. Oder ist Herr Haider nicht Großgrundbesitzer, der die Steuergesetze bestens ausnützt, um nur ein paar Schilling Steuer zu bezahlen? Die FPÖ ist eine Unternehmerpartei, die konservative Politik im Interesse der Unternehmer macht - z.B. Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen bei Arbeitslosigkeit, Aufhebung der Ladenschlußgesetze usw.

Wie sollen wir nun darauf reagieren? Wir können Haider nicht ignorieren, denn die Politik der FPÖ ist nur deswegen so erfolgreich, weil sie auch auf den Fehlern der SPÖ aufbaut (besonders in Wien). Die Arbeitslosigkeit wird 1991 noch 6,2% erreichen. Die Bedingungen im Arbeitsleben werden härter.



EX für Haider

die Bezahlung oft schlechter und Lebenshaltungskosten wie Wohnen immer teurer. Viele Pensionisten müssen jeden Schilling zweimal umdrehen. Die eigene Arbeitslosigkeit, die eigenen finanziellen Schwierigkeiten und das Gefühl, benachteiligt worden zu sein, werden zum Gradmesser für die ganze Politik. Haider bietet einfache Lösungen, weil er bestehende Vorurteile aufgreift ("Die Ausländer nehmen uns die Arbeit weg"). Dann braucht man auch nicht mehr nach den Ursachen fragen. Dann gibt es keinen Chef mehr, der Auslän-

der und Österreicher gleich ausbeutet. Gegen den Ausländer kann man etwas tun, aber gegen den Chef... Das ist der Boden, auf dem Haider steht, auf diese Weise kann er den Leuten Sand in die Augen streuen.

Deshalb ist eine sozialistische Politik der SPÖ unbedingt notwendig, um der FPÖ Einhalt zu gebieten. Die Sorgen der Arbeitnehmer müssen zum zentralen Bestandteil der Politik werden. Wir brauchen ein staatlich gefördertes Beschäftigungsprogramm unter der Kontrolle der Gewerkschaften, ein staatliches Wohnbauprogramm, das Wohnen zu erschwinglichen Preisen ermöglicht. Das Sozialsystem muß verbessert werden, ebenso die Aus- und Weiterbildung.

Und gleichzeitig: entschlossener Kampf gegen jede Art von Nazi-Propaganda, gegen jede Art von Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Ex für Haider, keine politische Funktion für ihn und seine nationalen Erfolgsleute, das ist klar! Keine politische Zusammenarbeit mit der FPÖ!

Und es ist noch immer der Kapitalismus, die Ausbeutung durch private Unternehmer, der diese sozialen Probleme hervorbringt, die der Nährboden der rechtsextremistischen Propaganda ist. Wenn wir gegen Faschismus kämpfen, müssen wir genauso entschlossen für eine solidarische Gesellschaft, für einen wirklichen Sozialismus eintreten!

Thomas Kerschbaum SJ 20

Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren
- 5 Ausgaben zu 50,- ÖS
- 10 Ausgaben zu 100,- ÖS
- ein VORWÄRTS-Förderabo
- zu ÖS ... beziehen
- (ab 50,- ÖS)
- Auslandsabo(5 Ausgaben:80.-)

Einsenden an:
VORWÄRTS c/o John Evers,
Kriehuberg.21/11 1050 Wien